

LANDTAGS NACHRICHTEN

10. März

2 / 2017

www.landtag-mv.de



+++ Verfassungsgegnern entschieden entgegentreten +++ Energiewende – Chancen und Risiken +++ Kosten für Schülerbeförderung in Schwerin und Rostock +++ Mietpreisbremse in M-V +++ Wolf und Biber ins Jagdrecht? +++ Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu den Wohlfahrtsverbänden +++ Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus

LANDTAGS NACHRICHTEN

9. März
2 / 2017
www.landtag-mv.de



+++ Verfassungsgegnern entschieden entgegentreten +++ Energiewende – Chancen und Risiken +++ Kosten für Schülerbeförderung in Schwerin und Rostock +++ Mietpreisbremse in M-V +++ Wolf und Biber ins Jagdrecht? +++ Parlamentarischer Untersuchungsausschuss +++ Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Frühlingserwachen am Schweriner Schloss

3	Gastkolumne	Gabriel Kords (Nordkurier) zum Thema Energiewende
4 – 17	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Gefahren durch Windkraftanlagen sowie die Risiken und Auswirkungen der Energiewende“
6 – 16	Berichte	Verfassungsgegnern weiterhin entschieden entgegnetreten Erhalt des Gemeinnützigkeitsstatus von Vereinen unterstützen Antrag zur Aufnahme von Wolf und Biber in Liste des jagbaren Wildes Mietpreisbremse in Mecklenburg-Vorpommern einführen Gute Arbeit und gute Löhne gegen den Fachkräftemangel Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Landesförderung von Wohlfahrtsverbänden
17	Weitere Beschlüsse	Erste Lesung zur Änderung des Schulgesetzes (Kosten für Schülerbeförderung in Schwerin und Rostock) Wahl und Vereidigung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Landesverfassungsgerichts Wahl der Landtagsvertreter im Landesplanungsbeirat Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“
18 – 19	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Rechtsausschuss:</i> Zusammenarbeit im Ostseeraum <i>Wirtschaftsausschuss, Agrarausschuss und Energieausschuss:</i> Besuch der Internationalen Grünen Woche
20 – 23	PANORAMA	„Eine Brücke in die Vergangenheit“ – Gedenkveranstaltung des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus Die Landessymbole von Mecklenburg-Vorpommern
24	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Weniger heiße Luft!

Mecklenburg-Vorpommern kann das Land der Energiewende werden – aber nur, wenn es gelingt, die Bürger davon zu überzeugen.



Foto: Fred Zádow/Nordkurier

Gabriel Kords ist Redakteur im Leipziger Büro der ZEIT und Redakteur beim Nordkurier in Anklam.

An heißer Luft herrscht in der Politik kein Mangel – ebenso wenig wie im Energiesektor. Zwei Drittel des Stroms in Deutschland stammen aus Kohle-, Atom- oder Gaskraftwerken – und deren Generatoren funktionieren letztlich mit heißem Dampf. Da hilft es auch nichts, dass unser kleines Mecklenburg-Vorpommern inzwischen mehr grünen, heißluft-freien, Strom erzeugt, als es rechnerisch verbraucht. Denn auch hierzulande dampft es noch mannigfaltig aus Kraftwerksschornsteinen und erst recht aus Auspuffen.

lagen. Doch während bei Investoren die hoch subventionierten Gewinne sprudeln, haben die Nachbarn der neuen Anlagen oft das Nachsehen – sei es durch Schattenwurf, Gerüche, sinkende Grundstückspreise oder, ein ganz neues Phänomen, den Schrott alter Anlagen.

Vor allem aber entsteht regelmäßig der fatale Eindruck, die Bürger hätten bei der Planung neuer Anlagen nichts mitzureden und die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung sei bloß ein Feigenblatt.

Unter Minister Christian Pegel stieg die Schlagzahl der warmen Worte zwar weiter an, nicht aber die Anzahl der substanzialen Problemlösungen.

Wenn die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern gelingen soll, muss sich daran endlich etwas ändern. Über Planungen und Bauvorhaben muss ehrlicher, transparenter und ernsthafter informiert und diskutiert werden. Auch die Frage, welche Teile unseres Landes weitere Anlagen vertragen und wo besser keine neuen mehr entstehen, muss breiter und mit wirklich offenem Ergebnis diskutiert werden. Stichwörter: Anwohnerschutz, Landschaftsschutz, Naturschutz, Tourismus. Vor allem aber bleibt die Frage, warum die Energiepreise ausgerechnet in unserem „grünen“ Bundesland höher sind als in anderen Teilen der Republik. Diese Differenz ist nicht erklärbar, sie gehört abgeschafft.

Immerhin hat die Landesregierung die Chance erkannt, aus Mecklenburg-Vorpommern das Land der erneuerbaren Energien zu machen. Ob das auch gelingt, steht und fällt damit, die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter diesem Ziel zu vereinen. Dafür muss dem einzelnen Bürger klarwerden, dass und wie er davon profitiert. Die Politik muss die Vorteile, die es schon gibt, engagierter und glaubwürdiger vermitteln. Und sie muss neue Vorteile schaffen, wo es noch zu wenige gibt. Bislang ist beides noch nicht überzeugend genug gelungen.

Gabriel Kords

„ Zu viel heiße Luft verdirbt das Klima. „

Doch zu viel heiße Luft verdirbt das Klima – auch dies gilt für Politik gleichermaßen wie für den Energiesektor. Und darum ist die Energiewende keine Frage der Ideologie, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Für weniger heiße Luft zu sorgen, ist daher gleich in doppelter Hinsicht Aufgabe der Politik, auch und gerade in Mecklenburg-Vorpommern.

So einfach ist das. Aber leider eben bloß in der Theorie.

Denn die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Chancen und Risiken bei der Energiewende nicht gerecht verteilt sind. Natürlich war es richtig, starke Investitionsanreize für grüne Stromerzeugung zu schaffen und sie über das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu subventionieren. Wohl nur deswegen entstanden auch hierzulande zahlreiche Windparks, Solarfelder und Biogasan-

Auch in Mecklenburg-Vorpommern hat die Ausweisung neuer Windrad-Gebiete den Ruch, im Hinterzimmer stattzufinden, was – zugegeben – nicht so sehr an der Landesregierung wie an der verfehlten Öffentlichkeitsarbeit vieler Planungsverbände liegt. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass im Grunde niemand interessiert daran ist, die Diskussionen mit skeptischen Bürgern zu führen; am liebsten regelt man die Dinge so geräuschlos wie möglich.

Das gilt auch für das Schweriner Energieministerium. Zwar erklärte die Regierung die Energiewende schon 2011 zum politischen Schwerpunkt. Unter dem damaligen Energieminister Volker Schlotmann passierte dann allerdings außer ein paar halbherzigen „Bürgerdialogen“ so gut wie nichts – Stichwort: heiße Luft. Dass Schlotmann nach seinem Rücktritt Windkraft-Funktionär wurde, machte die Sache nicht besser.

AfD zweifelt Klimawandel an

Die größte Oppositionsfraktion im Landtag rückte die Energiewende in den Fokus der Aktuellen Stunde

■ Dass die AfD-Fraktion Kritik an Windkraftanlagen und der Energiewende üben würde, ließ schon der von ihr gewählte Titel für die Aktuelle Stunde erahnen: „Gefahren durch Windkraftanlagen sowie die Risiken und Auswirkungen der Energiewende“. Argumentiert wurde zu Beginn gleichwohl unerwartet: CO₂-Emissionen und Erderwärmung seien etwas Positives. Eine Energiewende brauche es nicht, der Klimawandel sei bloß eine Fiktion. Die Äußerungen von Ralf Borschke sorgten bei Abgeordneten und Gästen für Kopfschütteln, Fassunglosigkeit und Gelächter – und regen Widerspruch in der ersten Sitzungsdebatte.

CO₂-Emissionen schaden dem Klima? Ralf Borschke (AfD) hält das für „Fiktion“ und „Panikmache“. Für diese „hypothetische Annahme“ gebe es keinerlei wissenschaftliche Bestätigung. Anders, als immer behauptet werde, habe Kohlendioxid durchweg positive Auswirkungen auf die Natur. „Es ist für die Photosynthese von Pflanzen essenziell, um Biomasse und ausreichend Sauerstoff produzieren zu können. Dementsprechend gedeiht bei einer Zunahme des Kohlenstoffdioxidanteils in der Luft die Vegetation außerordentlich gut.“ Über den Temperaturanstieg sagte er: „Wir kommen aus einer Kälteperiode und nähern uns einem Klima-Optimum,

wie es auch im Mittelalter herrschte.“ Die Energiewende sei nichts anderes als eine „sozialistische Umverteilungsaktion“ von Weltvermögen und „ideologisch irre Planwirtschaft“. „Sie haben einen Amoklauf gegen die Natur und gegen die ökologische Vernunft gestartet“, warf er den Befürwortern erneuerbarer Energien vor. Die Folge seien jährlich rund 500.000 von Windrädern erschlagene Vögel und eine zerstörte „Umwelt und deutsche Heimat“. Der „Energiewendezauber“ werde damit „zum Totengräber deutscher Kulturlandschaften und Identität und somit auch zum Sargnagel europäischer Vielfalt“.

„Die Energiewende ist eines der zentralen Zukunftsprojekte in Deutschland“, widersprach Energieminister Christian Pegel. Und dafür gebe es gute Gründe, allem voran der Ausstieg aus der Kernenergie. „Für Mecklenburg-Vorpommern ist der Ausbau der erneuerbaren Energien vermutlich eine der größten wirtschaftspolitischen Chancen.“ Hier seien bereits 14.000 bis 15.000 neue Arbeitsplätze entstanden. „Bei der Windkraft an Land decken wir längst die komplette Wertschöpfungskette in der Wirtschaft dieses Landes ab.“ Anstelle darüber ein Wort zu verlieren, hantierte die AfD mit „an den Haaren herbeigezogenen“ Zahlen über erschlagene Vögel und Fledermäuse. In den vergangenen Jahren sei gefühlt kein Monat vergangen, „der

nicht der nässeste, kälteste, wärmste, heißeste, trockenste oder schneeärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnung war“. Das spreche sehr dafür, dass die breite wissenschaftliche Auffassung über den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel „deutlich wahrscheinlicher ist, als diesen schlicht zu verneinen“. Natürlich veränderten Windenergie- und Fotovoltaikanlagen auch Landschaften. „Dabei gehen wir aber sehr geordnet vor“, betonte Pegel und verwies auf die klaren Vorgaben zum Bau von Windkraftanlagen in M-V.

„Wieder einmal versucht die AfD mit dem Schüren von Ängsten und Polemik Politik zu betreiben“, befand Franz-Robert Liskow (CDU). Im bundesweiten Vergleich komme Mecklenburg-Vorpommern bei den erneuerbaren Energien „eine herausragende Rolle“ zu. Das betreffe sowohl den längst gedeckten Eigenbedarf als auch die Regelungen für einen geordneten Ausbau. „Etwa 98,5 Prozent der Landesfläche sind von der Bebauung mit Windkraftanlagen ausgenommen“, betonte er. Und dort, wo gebaut werden dürfe, seien Abstände zu Wohnsiedlungen einzuhalten, die weit über die Vorgaben anderer Bundesländer hinausgingen. Natürlich dürfe eine breite gesellschaftliche Zustimmung zur Energiewende nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch kritische Stimmen gebe. Dazu ge-

Fotos: Uwe Sinnecker



Ralf Borschke (AfD)



Energieminister Christian Pegel



Franz-Robert Liskow (CDU)

höre auch seine Fraktion, sagte Liskow: „Für die produzierte Energie fehlen die Netze und der Speicher. Die ländlichen Räume werden durch technische Überformung der Landschaft in Mitleiden-schaft gezogen. Die Kosten für Verbraucher und die Wirtschaft steigen.“ Das sei aber kein Grund, die Chancen der Energiewende zu verkennen, sondern erfordere eine sachliche politische Auseinandersetzung. Dazu habe die AfD bislang aber nichts beigetragen.

Dass die Energiewende unabdingbar ist, steht auch für Linkspolitikerin **Dr. Mignon Schwenke** außer Frage. „Fossile Ressourcen wie Stein- und Braunkohle, Erdgas und Öl sind begrenzt, und ihre Förderung wird immer teurer.“ Die dadurch verursachten Klimaschäden seien bereits überall „stark messbar“. „In einigen Teilen der Welt haben Temperaturschwankungen, steigende Meeresspiegel und Wasserknappheit bereits existenzbedrohliche Ausmaße angenommen.“ Experten warnten schon heute vor Kriegen um Wasser und unzähligen Klima- und Hungerflüchtlingen. „Aber das passt ja nicht in Ihr Ausländer-raus-Bild“, wandte sie in Richtung AfD ein. Bei aller Wichtigkeit laufe aber auch für ihre Fraktion „einiges schief“ bei der Energiewende: Der Netzausbau schreite zu langsam voran, überschüssiger Strom werde aufgrund begrenzter Speichermöglichkeiten „verschleudert“ und die Kosten verteilen sich „sozial ungerecht“. Außerdem werde viel zu eindimensional gedacht. „Die starke Fixierung auf Windkraft ist nicht gut für unser Land. Usedom, Rügen und die Küste rühmen sich, die sonnenreichsten Standorte zu sein. Solaranlagen müssen auf die Dächer, und das Land muss dabei Vorreiter sein!“

AfD-Antrag zu Windrädern

Die AfD-Fraktion hatte noch einen Antrag zu Windkraftanlagen in den Landtag eingebracht. Darin forderte sie, alle Windräder im Windpark Rakow (Vorpommern-Rügen) auf ihre Betriebssicherheit zu prüfen und bis zum Vorliegen eines Ergebnisses abzuschalten. Im Dezember war dort, zwischen Grischow und Rakow, ein Windrad abgebrochen und umge-

„Wenn wir über Risiken sprechen, dann müssen wir auch darüber sprechen, was passiert, wenn wir die Energiewende nicht weiterverfolgen“, mahnte **Philipp da Cunha** (SPD). Ohne den Wechsel auf unendliche Energieträger „wird bei der Menschheit irgendwann das Licht ausgehen“. Natürlich könne ein Windrad umstürzen oder Feuer fangen. All das komme aber nur selten vor. „Die jährliche Haftpflichtversicherung für ein Windrad ist deutlich geringer als die reine Haftpflichtversicherung für einen Kleinwagen“, rechnete er vor. Unbeirrt an fossilen Energieträgern festzuhalten, hätte auch hierzulande fatale Folgen: „Schmilzt das Eis an den Polen, dann dürfen Sie gern in einigen Jahren den Menschen in Boltenhagen, Kühlungsborn oder Heringsdorf erklären, warum die Ostsee inzwischen im Wohnzimmer ist“, sagte er an die AfD gewandt. Wie diese sich den Energiemix der Zukunft vorstelle, bleibe schwammig. „Möglichst keine neue Windkraft, neue Gaskraftwerke in Lubmin – mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?!“ Das sei zu wenig, wenn man andererseits „lautstark fordert“, Fluchtursachen zu bekämpfen.

„Die überstürzte Energiewende hat dazu geführt, dass sich der Strompreis innerhalb von zehn Jahren fast verdoppelt hat“, sagte **Christel Weißig** als zweite Rednerin der AfD. Die Energiewende erzeuge nicht nur Ökostrom, sondern auch Armut. Fast 8.000 Haushalten in Mecklenburg-Vorpommern werde jährlich der Strom abgestellt, weil sie die immensen Kosten nicht mehr zahlen könnten. „Wir Konservativen stellen uns nicht gegen den Fortschritt“, so Weißig weiter, „aber wir überlegen, bevor wir handeln. Die AfD kämpfe dafür, dass „der Charakter unserer Kultur-

stürzt. Die restlichen 20 Anlagen dieses Herstellers seien bis zur Klärung des Sachverhalts bereits stillgelegt, betonte Energieminister Christian Pegel. Den anderen Hersteller mit seinen acht Anlagen in „Sippenhaft“ zu nehmen, führe zu weit und sei rechtlich auch gar nicht möglich. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten den Antrag daher ab. *Antrag AfD Drucksache 7/140*

landschaft nicht durch den maßlosen Ausbau der Windkraftgewinnung weiter zerstört wird“. Dabei gehe es nicht nur um Sicherheit, sondern auch um die Einschränkung der Lebensqualität. Neben der Lärmbelästigung und der Verschandelung „unserer herrlichen Kulturlandschaft“ sei bis heute nicht klar, inwieweit sich der Ultraschall auf die Gesundheit der Menschen auswirke. „Wir von der AfD stellen fest, dass die sogenannte Energiewende restlos gescheitert ist und schnellstens gestoppt werden muss.“



Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)



Philipp da Cunha (SPD)



Christel Weißig (AfD)

Fotos: Uwe Sinnicker

Nein zu Verfassungsgegnern

SPD, CDU und DIE LINKE brachten gemeinsamen Antrag ein

Die NPD wird nicht verboten. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 17. Januar verkündet. Die Partei sei zwar verfassungsfeindlich, aber zu bedeutungslos, um die Demokratie zu gefährden, so die Richter. Das Urteil sei auch als Aufruf an Staat und Zivilgesellschaft zu verstehen ist, die Auseinsetzung mit dem Rechtsextremismus mit anderen geeigneten Mitteln als dem eines Parteiverbotes zu führen, betonten SPD, CDU und DIE LINKE in einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag, der mit den Stimmen dieser drei Fraktionen beschlossen wurde. Damit bekräftigt der Landtag, dass er weiterhin Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit einem Bündel von konkreten Maßnahmen entschieden

entgegnet werden wird. Die AfD, die bei der Abstimmung mit Nein votierte, hatte zuvor auch dagegen gestimmt, den Antrag kurzfristig auf die Tagesordnung zu setzen.

„Der vorliegende Antrag ist wichtig und richtig“, betonte **Peter Ritter** (DIE LINKE) in der Aussprache. Und er sei vor allem folgerichtig: „Dieser Landtag hat am 24. Oktober 2012 gegen die Stimmen der NPD beschlossen, ein NPD-Verbotsverfahren einzuleiten. Deshalb beschließt der Landtag heute, offensichtlich gegen die AfD, ein klares Signal gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz in diesem Land.“ Die NPD möge zwar inzwischen schwach sein. „Aber ist es nicht so, dass die geistige Saat, die sie

gelegt hat, auf fruchtbaren Boden gefallen und verschiedenfach aufgegangen ist? Ich glaube, ja!“, unterstrich Ritter. Er frage sich oft, ob die NPD wirklich aus dem Landtag verschwunden sei. „Trotz aller Abgrenzungsbeschlüsse gelingt es der AfD nämlich nicht, ideologische und personelle Überschneidungen zu rassistischen, antidemokratischen und rechtsextremen Tendenzen zu überdecken.“ Wer fordere, Fördergelder für Gedenkstätten des nationalsozialistischen Unrechts zu streichen oder Schülerfahrten dorthin zu beenden, begehe nicht nur „rhetorischen Tabubruch“. Das seien vielmehr Bestandteile eines menschenverachtenden Programms. „Das ist die Legitimation des vorliegenden Antrags, nämlich Verfassungsgegnern entschieden entgegenzutreten“, schloss Ritter seine Rede.

Gedenken an Roman Herzog

Foto: Uwe Sinnecker



Mit einer Schweigeminute gedachten die Abgeordneten zu Beginn der Plenarsitzung am 25. Januar des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog. „Gerade in dieser Woche möchte ich daran erinnern, dass es Roman Herzog war, der die Initiative ergriff, den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, den 27. Januar, zum Gedenktag zu erheben. Dies zeigte deutlich seine politische und moralische Grundhaltung“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia

Bretschneider und bat die Abgeordneten, sich zum Gedenken von den Plätzen zu erheben. Am Vortag hatten Vertreter aus Politik, Kultur und Gesellschaft mit einem Trauergottesdienst und einem Staatsakt im Berliner Dom Abschied von Roman Herzog genommen. Herzog, 1994 bis 1999 siebter Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, war am 10. Januar im Alter von 82 Jahren gestorben.

„Wir haben nicht verloren“, kommentierte **Thomas Krüger**, Fraktionsvorsitzender der SPD, das Karlsruher Urteil. Im Gegenteil. Jetzt stehe es „schwarz auf weiß“, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei sei, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen möchte. „Das ist ein Riesenerfolg.“ Der NPD-Verbotsantrag sei immer nur ein Element von vielen im Kampf gegen den Rechtsextremismus gewesen. „Wir haben nie geglaubt, dass mit dem Verbot der NPD auch der Rechtsextremismus verschwindet“, betonte Krüger. „Umso entschlossener werden wir jetzt weitergehen“, erst recht, wenn man sich die derzeitigen Entwicklungen in Amerika, Europa und auch Deutschland vor Augen führe: „Nationalistisch ausgerichtete Politik scheint wieder salonfähig zu sein. Bewusste Tabubrüche, wie die von Herrn Höcke zum Holocaust-Mahnmal, sind wieder an der Tagesordnung.“ Dieser „völkische Egoismus“ sei ein gefährlicher Weg. Dass fast alle Teile Europas seit 70 Jahren in Frieden leben, sei auch Ergebnis von einem Miteinander der Völker, von Ausgleich und gemeinsamen Entwicklungen. „Ich warne alle Kräfte, die von starken Nationalstaaten

sprechen, davor, dieses wertvolle Gut geringzuschätzen“, betonte Krüger und fügte hinzu: „Wir brauchen keinen völkischen Egoismus, weder von der NPD noch von irgendeiner anderen Partei.“

„Wenn man ein solches Urteil kassiert, wie Herr Caffier in Karlsruhe, dann hätte er vielleicht gut daran getan, seine Fraktion davon abzuhalten, diesen peinlichen Antrag zu stellen“, fand **Christoph Grimm** (AfD). Er halte das Urteil für richtig. „Parteiverbote sind schwerwiegende Eingriffe in den Prozess der demokratischen Willensbildung.“ Grimm warf den anderen Landtagsfraktionen vor, sich einer „sachlichen, ehrlichen Diskussion“ mit seiner Fraktion zu verschließen. „Die Leute, die hier sitzen, sind andere, als die, mit denen Sie sich in der vergangenen Legislatur auseinandersetzen mussten. Aber Sie laufen immer noch im NPD-Modus und haben so eine Art Pawlowschen Reflex.“ Während man die Gefahr von rechts „mit der Lupe suchen“ müsse, stünde gleichzeitig mit der „unkontrollierten Zuwanderung“ „ein Elefant im Raum“. Die von diesem Elefanten ausgehenden Gefahren seien religiös motivierter Terrorismus, Rassismus gegen Einheimische, sexuelle Gewalt gegen Frauen und die Gewalt von links. „Wenn es darum geht, für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen politischen und religiösen Radikalismus und Extremismus anzukämpfen, stehen wir gern an Ihrer Seite“, so Grimm. „Nur das geht leider aus Ihrem Antrag nicht hervor, den wir deshalb ablehnen.“

Dass die NPD seit einiger Zeit „sehr zurückhaltend agiert“, führte **Ann Christin von Allwörden** (CDU) auch auf das Verbotsverfahren zurück. „Jetzt, nach dem Urteil, besteht die Gefahr, dass die NPD diese Zurückhaltung aufgeben und sich wieder an radikalere Gruppen binden wird. In dem Punkt müssen wir wachsam sein.“ Das Karlsruher Urteil habe der Politik und Gesellschaft eine klare Aufgabe zugeschrieben: „Verfassungsfeinden haben wir zuallererst politisch und mit den Mitteln des Rechtsstaates zu begegnen: In der direkten politischen Auseinandersetzung, in Diskussionen, durch Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit, Prävention und Strafverfolgung.“ Dabei dürfe der Blick aber nicht nur

nach rechts gerichtet werden. „Auch der Linksextremismus mit seinen unterschiedlichsten Ausprägungen und seinem Gewaltpotenzial muss weiterhin im Visier des Verfassungsschutzes bleiben“, forderte die CDU-Politikerin. Angriffe auf Polizisten, wie jüngst in Berlin, seien menschenverachtend und demokratiefeindlich. „Das darf von einem Rechtsstaat nicht toleriert werden.“ Auch angesichts der Bedrohung durch den militanten Islamismus heiße es, „wachsam zu sein in jeder politischen oder religiös-fanatischen Richtung und unsere Demokratie weiterhin wehrhaft auszustatten.“

Zum Schluss der Aussprache meldete sich **Jochen Schulte** (SPD) zu Wort. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion habe er, in Abstimmung mit CDU- und Linksfraktion, der AfD die Mitunterzeichnung des Antrags ausdrücklich angeboten. „Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen des thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Höcke in Bezug auf das Berliner Holocaust-Mahnmal hätten wir uns eine klare Distanzierung der AfD von der NPD gewünscht.“ Diese Chance habe die AfD-Fraktion bewusst nicht genutzt.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE

Drucksache 7/184



Fotos: Landtag M-V



Mit seiner Aktion „Landtag vor Ort“ präsentierte sich der Landtag am 25. Februar im Schweriner Schlosspark-Center. Beim Aktionstag der überparteilichen Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ warben 30 Vereine, Verbände, Initiativen und Organisationen für Demokratie, Toleranz und bürgerschaftliches Engagement. (Im Bild v.l. Schwerins Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, Landtagsdirektor Armin Tebben sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung)

Landtag setzt Untersuchungsausschuss ein

Förderung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege im Blick

■ Die AfD-Fraktion hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss durchgesetzt, der die Förderverfahren für Sozialverbände und die Verwendung dieser Landesmittel unter die Lupe nehmen soll. Hintergrund sind unter anderem Untreue-Vorwürfe gegen führende Mitarbeiter bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Waren/Müritz, zu denen inzwischen auch die Staatsanwaltschaft ermittelt. SPD, CDU und DIE LINKE warfen der AfD vor, Einzelfälle zu verallgemeinern und Sozialverbände unter Generalverdacht zu stellen. Damit ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden kann, muss mindestens ein Viertel der Landtagsmitglieder zustimmen – ein Quorum, das die AfD-Fraktion mit ihren 18 Abgeordneten im Alleingang erreicht. Die beiden Koalitionsfraktionen und die Linken enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme.

„Dieser Untersuchungsausschuss richtet sich nicht gegen die vielen engagierten Mitarbeiter und Helfer der Verbände“, betonte AfD-Fraktionschef **Leif-Erik**

Holm in seiner Einbringungsrede. Seiner Fraktion gehe es um Aufklärung. Das Steuergeld müsse „in die wichtige soziale Arbeit“ fließen „und nicht in die Taschen von raffgierigen Funktionären“. Die Arbeiterwohlfahrt in Waren sei kein Einzelfall, so Holm. Auch bei anderen AWO-Verbänden stünden „Hinweise auf Selbstbedienung und Vetternwirtschaft“ im Raum. Mit ein paar Sitzungen in diversen Ausschüssen lasse sich keine Aufklärung betreiben. Deshalb der Untersuchungsausschuss. Dieser müsse sich auch „die Verquickung von Verbänden und Politik ansehen“. „Jeder weiß, dass die AWO maßgeblich von vielen ehemaligen und jetzigen SPD-Politikern gesteuert wird.“ Um jeden „Anschein von Befangenheit“ zu vermeiden, appellierte Holm an die Sozialdemokraten, auf den Ausschussvorsitz „freiwillig zu verzichten“. Und wer behaupte, der Ausschuss wäre zu teuer, verkenne dessen Ziel: ein sorgsamerer Umgang mit Steuergeldern.

Angesichts des bisherigen Umgangs mit dem Thema bezweifelte **Jochen**

Schulte (SPD), dass es der AfD tatsächlich um Aufklärung gehe. Wer, wie in der vergangenen Landtagssitzung, von „Sozialmafia“ oder „Sozialindustrie“ spreche, „pauschalisiert, diffamiert und macht mit Worten das Engagement vieler unbescholtener Menschen, die sich in der Wohlfahrtspflege engagieren, schlecht“. Er hoffe, dass das nicht der Maßstab werde, „mit dem Sie den Untersuchungsausschuss versuchen zu instrumentalisieren“. Auch seine Fraktion verlange Aufklärung. „Wir wollen sie aber durch die zuständige Staatsanwaltschaft.“ Gleichwohl werde sich die SPD einer „sachorientierten“ Aufarbeitung an anderer Stelle nicht entgegenstellen. Um nicht in Verdacht zu geraten, Einfluss auf den Einsetzungsantrag nehmen zu wollen, werde er keine Änderungsvorschläge dazu unterbreiten, sagte Schulte. „Und das, obwohl dieser Antrag dermaßen schlecht formuliert ist, wie ich es in vierzehn Jahren parlamentarischer Arbeit nur selten erlebt habe.“

„Mit großem Tamtam haben Sie den Untersuchungsausschuss angekündigt. Herausgekommen ist ganz dünne Suppe“, sagte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Er finde es „kurios“, dass die AfD oft von „Lügenpresse“ spreche, dem Antrag jetzt aber ein „Sammelsurium von Zeitungsartikeln“ zugrunde lege. „Aus der Lügenpresse macht sie nunmehr Kron-

Bisherige Untersuchungsausschüsse des Landtages M-V (PUA)

Erste Wahlperiode (1990-1994)

- PUA Vertragsabschlüsse Schiffbau und Schifffahrt (1991-1992)
- PUA zu den Ereignissen um die ZAST (Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen (1992-1993)
- PUA zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Betrieb der Deponie Ihlenberg/Schönberg (1993-1994)

Zweite Wahlperiode (1994-1998)

- PUA zur weiteren Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Betrieb der Deponie am Ihlenberg (1995-1998)
- PUA zur Klärung von Tatbeständen im Bereich des Innenministeriums (1995-1998)
- PUA zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Verschwendung bzw. Veruntreuung von öffentlichen finanziellen Mitteln bei und infolge der Privatisierung von ehemals volkseigenen Betrieben (sog. Treuhand-Untersuchungsausschuss) (1996-1998)

Dritte Wahlperiode (1998-2002)

- PUA zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der Verschwendung bzw. Veruntreuung von öffentlichen finanziellen Mitteln bei und infolge der Privatisierung von ehemals volkseigenen Betrieben - Fortsetzung aus der 2. Wahlperiode (1998-2002)

Vierte Wahlperiode (2002-2006)

- PUA zur Klärung von Sachverhalten im Bereich des Justizministeriums (2006)

Fünfte Wahlperiode (2006-2011)

- es wurde kein PUA eingesetzt

Sechste Wahlperiode (2011-2016)

- PUA zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH (2012-2016)

zeugen.“ Niemand könne bestreiten, dass seine Fraktion Untersuchungsausschüssen aufgeschlossen gegenüberstehe. „Sie sind das schärfste Schwert der Opposition“, von dem die Linken schon mehrfach Gebrauch gemacht hätten. In diesem Fall halte er das jedoch für „voreilig“. „Warum warten Sie nicht die Antworten auf die Fragen im Finanzausschuss ab?“ Der befasse sich doch bereits mit den Sozialverbänden. Das habe der Landtag einstimmig so entschieden, erinnerte er. Erst wenn man dort nicht weiterkomme, wäre es angebracht, dieses Schwert zu ziehen. „In den Händen der AfD wird daraus leider ein stumpfes, unbrauchbares Messer.“ Ihr „Rumfuchteln“ damit zeige einmal mehr, dass es „weniger um die Sache, sondern mehr um Öffentlichkeit“ gehe.

„Glauben Sie ernsthaft, die berechtigte Forderung nach Aufklärung und das Bemühen um Offenheit und Transparenz bei der Verwendung von Steuergeldern beschädigt das Ansehen der engagierten Mitarbeiter bei Sozialverbänden?“, schaltete sich **Thomas de Jesus Fernandes** für die AfD in die Debatte ein. Er sprach von einer „interessanten Wahrnehmungsspaltung“, wenn als Reaktion auf die Untreuevorwürfe von „öffentlicher Stimmungsmache gegen Wohlfahrtsverbände“ und „Generalverdacht“ gesprochen werde. Er unterstellte CDU und SPD, sich der Aufklärung zu verweigern. „Und warum? Weil dieser Anstoß von der AfD kam und nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Eigentlich sei damit aber alles wie immer: „DIE LINKE sagt ‚sollte‘, die CDU sagt ‚müsste‘, die SPD sagt ‚könnte‘ – und wir von der AfD sagen: machen!“

„Machen? Das habe ich, so lange Sie hier sind, noch gar nicht festgestellt“, konterte **Torsten Renz** (CDU). Was er dagegen immer wieder feststelle: Der AfD gehe es „einzig und allein“ um „Polemik“ und Profilierung. Da bilde dieser Antrag keine Ausnahme. Obwohl derzeit „nur Einzelfälle“ bekannt seien, stelle die AfD „ohne Rücksicht auf Verluste“ die gesamten Sozialverbände „an den Pranger“. „Wir lassen uns aber nicht unterstellen, dass wir den Untersuchungsausschuss irgendwie boykottieren wollen“, so Renz. Deshalb habe sich seine Fraktion gegen Änderungsanträge



Foto: Cornelius Kettler

v.l. Dr. Matthias Manthei, Christoph Grimm, Vorsitzender Jochen Schulte, Thomas Schwarz, Torsten Koplín, Sebastian Ehlers, Dirk Stamer, Karen Larisch, Dirk Lerche(stellv. Mitglied in Vertretung von Thomas de Jesus Fernandes), Dirk Friedriszik, Torsten Renz

zum vorliegenden Antrag entschieden. „Ansonsten hätten Sie doch reflexartig geschrien, wir wollen Aufklärung verhindern.“ Er verwies aber auch auf die Kosten, die durch solch ein Gremium entstünden. „Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, ob es keine anderen Wege und Möglichkeiten gibt, Aufklärung zu betreiben?“ Der Koalitionsvertrag sehe

ja bereits vor, die Prüfungsrechte des Landesrechnungshofs zu erweitern. „Sollte es dann nicht zu den gewünschten Ergebnissen kommen, können wir gern noch über weitere Maßnahmen diskutieren.“

Antrag AfD Drucksache 7/139

Änderungsantrag AfD Drucksache 7/183

Der Untersuchungsausschuss steht

Am 27. Februar konstituierte sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Sein voller Name lautet: Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung der Förderstruktur, des Förderverfahrens und der Zuwendungspraxis für Zuschüsse aus Landesmitteln sowie die Verwendung dieser Landesmittel durch die in dem Verein „LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e. V.“ zusammengeschlossenen Spitzenverbände im Zeitraum von 2010 bis Ende 2016“. Ihm gehören elf Abgeordnete an, die Sitze werden unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen verteilt; die Mehrheitsverhältnisse im Untersuchungsausschuss entsprechen den Mehrheitsverhältnissen im Landtag.

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Dirk Friedriszik Jochen Schulte Thomas Schwarz Dirk Stamer	Elisabeth Aßmann Philipp da Cunha Nils Saemann Susann Wippermann
AfD	Christoph Grimm Dr. Matthias Manthei Thomas de Jesus Fernandes	Enrico Komning Dirk Lerche Bernhard Wildt
CDU	Sebastian Ehlers Torsten Renz	Wolfgang Waldmüller Burkhard Lenz
DIE LINKE	Torsten Koplín Karen Larisch	Dr. Wolfgang Weiß ein weiteres stv. Mitglied wurde noch nicht benannt

Keine Jagd auf Wolf und Biber

Minister: Aufnahme ins Jagdrecht würde Schutzstatus der Tiere nicht aufheben

■ Wölfe und Biber werden in Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin nicht ins Jagdrecht überführt. SPD, CDU und Linke haben eine entsprechende Forderung der AfD abgelehnt. Die Alternative für Deutschland hatte gefordert, beide Tierarten wegen zunehmender Schäden für Landwirte und Gefahren für Menschen auf die Liste des jagdbaren Wildes zu setzen. Damit wäre der Problematik überhaupt nicht gedient, sagte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus.

„Wir können nicht unter dem Vorwand des Artenschutzes zulassen, dass ein einst gefürchteter Räuber unsere Kulturlandschaft in Besitz nimmt und Schäfern und Tierhaltern ihre Existenzgrundlage zu rauben droht“, legte **Ralf Borschke** (AfD) unter Verweis auf gerissene Nutztiere in der Antragsbegründung dar. Ihm sei klar, dass die Aufnahme ins Jagdrecht zusätzlichen Aufwand für die Jagdbehörden mit sich bringen würde. Seiner Fraktion gehe es aber darum, die „Sorgen und Nöte der Menschen auf dem Land“ ernst zu nehmen. Er appellierte an die anderen Fraktionen, sich dem Antrag nicht zu verschließen. „Wir möchten die Wolfsproblematik mit Ihnen zusammen einer Lösung zuführen“, sagte er und erinnerte die Abgeordneten an deren Aussage zu Legislaturbeginn, sich sachorientierten AfD-Anträgen nicht verweigern zu wollen. „Nun geben wir Ihnen die Möglichkeit, zu Ihren Worten zu stehen.“

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** betonte, die Sorgen der Menschen „sehr, sehr ernst“ zu nehmen. „Forderungen nach der Aufnahme in das Jagdrecht lehne ich aber ab.“ Damit wäre der Problematik überhaupt nicht gedient. Als streng geschützte Arten dürften sowohl Wolf als auch Biber dann trotzdem nicht gejagt werden. Ändern würden sich nur die Zuständigkeiten:



Noch vor ein paar Jahren galt der Biber in M-V als ausgestorben. Durch strenge Schutz- und Wiederansiedlungsmaßnahmen konnte sich die Population erholen.

Foto: Jens Büttner

Hege, Pflege und Verantwortung für Schäden wären dann Sache der Jägerschaft – und auch die lehne solche Pläne daher ab. Mit den Managementplänen für beide Tierarten habe das Land bereits vor Jahren eine wichtige und von Landwirten, Naturschützern und Jägern anerkannte Grundlage für den Umgang mit den Tieren geschaffen. Auch auf Bundesebene werde an Lösungsansätzen gearbeitet. Dass sich Wolf und Biber hierzulande wieder ansiedeln, sei für ihn auch ein Beweis dafür, dass die Natur gesunde, so Backhaus. Im Übrigen sei es auch jetzt rechtlich schon möglich, im Falle von Gefahr oder Verhaltensauffälligkeiten einzugreifen und Tiere zu töten, stellte er klar.

Sie fordere zwar schon seit Jahren, den Wolf ins Jagdrecht zu überführen, sagte **Beate Schlupp** (CDU). Begeisterung löse der AfD-Antrag bei ihr aber nicht aus. Er greife zu kurz, ignoriere die damit verbundenen Probleme und blende die unterschiedlichen Sachstände bei der Wolfs- und Biberpopulation aus. Sie plädierte dafür, bereits vorliegende Vorschläge wie definierte Wolfsgebiete, Bestandsobergrenzen oder jährliche Entnahmekoten mit Fachleuten zu diskutieren und Vergrämungsmaßnahmen zu definieren. Nicht nur der Mensch müsse den Wolf in der Natur akzeptieren. „Der Wolf muss auch wieder lernen,

dem Menschen aus dem Weg zu gehen.“ Ihrer Ansicht nach würden Tierhalter mit ihren Problemen viel zu oft allein gelassen. Empfehlungen zur sicheren Einzäunung der Weide würden durch das Verhalten der Wölfe „regelmäßig ad absurdum“ geführt. „Jede zusätzliche Sicherungsmaßnahme bei Schaf- und Ziegenhaltern erhöht den Druck auf Rinder- und Pferdehalter.“ Hier seien Schutzmaßnahmen aber „weder ökonomisch sinnvoll noch leistbar“. Damit werde die von vielen Verbrauchern begrüßte Weidetierhaltung zunehmend infrage gestellt.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) bezweifelte, dass es der AfD tatsächlich darum gehe, Ängste zu mindern. Wer bei einem so komplexen Thema „einfache Lösungen vorgaukelt“, betreibe „Populismus im schlechtesten Sinn“, schließlich könne der Landtag nicht mal eben per Antrag Bundes- und Europarecht aushebeln und Tierarten aus den Anhängen der FFH-Richtlinie (EU-Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie wildlebender Tiere und Pflanzen) streichen. Sie wies darauf hin, dass inzwischen das gesamte Bundesland zum Wolfsgebiet erklärt wurde, was den Schadensausgleich für Nutztierhalter „relativ unproblematisch“ mache. Hinzu komme ein Förderprogramm für Präventionsmaßnahmen wie



Umzäunte Weiden sollen Schafherden vor Wolfsangriffen schützen.

Foto: Jens Büttner

Zäune. „Das wird aber nur zaghaft angenommen.“ Der Wolf sei jedoch sehr lernfähig. „Wenn er leicht an Nutztiere herankommt, wird er es immer wieder tun. Wenn er dabei große Schwierigkeiten hat, wird er sich auf Wildtiere beschränken.“ Auch für den Biber gebe es inzwischen eine Förderrichtlinie, um Schäden „schnell und unbürokratisch“ auszugleichen. Hier wünsche sie sich aber nach wie vor ein Landes-Bibermanagement, das über eine Landesverordnung geregelt werde.

Für **Nils Saemann** (SPD) gab es den Vorrednern kaum noch etwas hinzuzufügen. Den Wolf als böses Tier darzustellen, habe eine lange Tradition – und das, obwohl er eigentlich gar nicht böse, sondern menschen-scheu sei. „Andererseits ist es natürlich bei der Spezies der Zweibeinigen, die sich heutzutage auch noch durch die Gegend bewegt, meistens getarnt in einem weißen Schafspelz.“ Mehr Worte mochte er dann auch zu dem Thema nicht verlieren. „Eine Abschlussrede sollte in der Regel nicht länger sein als ein Minirock“, zitierte

er abschließend den früheren Landtagsabgeordneten Werner Kuhn.

„Das, was Herr Backhaus hier anführte, sind billige Ausreden“, befand **Jürgen Strohschein**, der für die AfD in die Debatte ging. „In Schweden können Wölfe abgeschossen werden. Warum nicht bei uns?“ Dass Wolf und Biber hier wieder so zahlreich vertreten seien, belege, dass der Natur- und Artenschutz erfolgreich gelungen sei. Das mache einen absoluten Schutz nunmehr überflüssig. Die Aufnahme der Tiere ins Jagdrecht komme einer „Krönung

des Naturschutzerfolgs“ gleich. „Sein Bestand muss sich am Nahrungsangebot im Wald orientieren, das die Artenvielfalt nicht gefährdet.“ Das müsse geregelt werden, bei Bedarf auch mit „Jagddruck“. Von Naturschützern vorgeschlagene Alternativen wie Umsiedlungen oder Vergrämungen brächten dagegen weder beim Wolf noch beim Biber etwas. „Das sind nutzlose Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugunsten einer Ökoindustrie.“

Antrag AfD Drucksache 7/115

Nandus und Kormorane

In einem weiteren Antrag wollte die AfD auch Nandus und Kormorane ins Jagdrecht aufgenommen wissen. Auch dafür fand sich keine Mehrheit. Diese Tierarten seien ebenfalls besonders geschützt, was einer Vergrämung und dem Abschuss enge Grenzen setze, betonte Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus. Mit der Kormo-

ranverordnung habe das Land jedoch bereits eine wichtige Regelung getroffen, die vor allem im Binnenland Maßnahmen zur Schadensabwehr ermöglichen. Auch für den Nandu bestünden jetzt schon Ausnahmemöglichkeiten, um erhebliche wirtschaftliche Schäden abzuwenden.

Antrag AfD Drucksache 7/130

Finanzämter sollen Vereine beraten

Landtag fordert bessere Unterstützung gemeinnützigen Engagements

■ **Gemeinnützig** – dieser Status ist für Vereine enorm wichtig. Er ebnet den Weg für öffentliche Zuschüsse, bringt steuerliche Vorteile und ist die Voraussetzung für das Ausstellen von Spendenbescheinigungen. Ob ein Verein gemeinnützig ist oder nicht, entscheidet das zuständige Finanzamt. An dieser Stelle fordern CDU und SPD eine einheitlichere Anwendung der Rechtsvorschriften und eine unbürokratischere Unterstützung der Vereine.

„In der Vergangenheit gab es immer wieder Medienberichte über Vereine, die sich mit der Aberkennung oder der drohenden Aberkennung ihres Gemeinnützigkeits-Status konfrontiert sahen“, begründete **Dietmar Eifler** (CDU) den Koalitionsantrag. Dabei gehe es nicht darum, in das Verwaltungshandeln von Finanzbeamten einzugreifen oder deren Arbeit schlechtzureden. „Wichtig für uns ist, dass der gegebene Ermessensspielraum in seiner gesamten Breite genutzt wird.“ Wenn zwei Vereine einen identischen Zweck verfolgen, könne es doch nicht sein, dass das Finanzamt bei dem einen eine Gemeinnützigkeit erkenne und bei dem anderen nicht. „Genau hier gilt es anzusetzen.“ Zum einen sei das Finanzministerium gefragt, eine einheitliche Anwendung der Rechtsvorschriften sicherzustellen. Zum anderen müssten die Finanzämter Vereine „umfassend“ über die Rechtslage aufklären und bei Schwierigkeiten „unbürokratisch“ Kontakt zu ihnen aufzunehmen.

Das Finanzministerium begrüßte den Antrag. „In Mecklenburg-Vorpommern sind schätzungsweise mehr als 500.000 Ehrenamtliche aktiv. Sie haben es verdient, so gut wie möglich in ihrer Arbeit unterstützt zu werden“, sagte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** in Vertretung für den erkrankten Finanzminis-

Foto: Jens Büttner



In Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich mehr als 500.000 Menschen in Vereinen.

ter Mathias Brodkorb. Dass das nicht nur eine Floskel sei, zeige sowohl die 2015 neu aufgelegte Broschüre „Steuertipps für Vereine“, als auch die bereits gängige Praxis der Finanzverwaltung, Vereine bei Problemen zu unterstützen – „auch wenn einige wenige Presseberichte anderes suggerieren.“ Backhaus betonte, dass viele Fälle nur auf den ersten Blick identisch seien. „Im Gemeinnützigkeitsrecht sind schwarz und weiß selten. Grau ist die vorherrschende Farbe.“ Der Finanzminister sicherte über Backhaus zu, Verbesserungsmaßnahmen auszuloten. „Ich werbe aber um Verständnis, dass eine unbürokratische Bearbeitung nicht gleichlautend mit einer oberflächlichen Prüfung oder gar einem Verzicht darauf sein darf.“ Prüfungen und Nachfragen blieben unverzichtbar, auch, „um schwarzen Schafen frühzeitig das Handwerk zu legen“.

„Ihr Antrag sagt viel Richtiges, aber leider nichts Konkretes“, bemängelte **Sandro Hersel** (AfD). Dass Rechtsvorschriften einheitlich angewendet werden müssten, ergebe sich bereits aus Artikel 3 im Grundgesetz: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Und auch unbürokratische Kontaktaufnahmen mit den Finanzämtern seien bereits möglich. „Das weiß ich aus eigener Erfahrung.“ Wozu also über „Selbstverständ-

lichkeiten“ debattieren? „Wo bleiben die Punkte, die Sie wirklich verbessern wollen? Wollen Sie vielleicht eine Kampagne starten ‚Das Finanzamt, Ihr Freund und Helfer‘? Wollen Sie die Sacharbeiter von ihren Kernaufgaben abziehen? Oder mit Blick auf die Arbeitsbelastung frage ich lieber: Wollen Sie neue Stellen schaffen?“ Wenn sich SPD und CDU „genötigt“ fühlten, die Landesregierung zu grundsätzlichen Aufgaben zu animieren, verschließe sich seine Fraktion dem „selbstverständlich“ nicht. „Die AfD stimmt Ihrem Antrag deshalb zu und freut sich auf die Auswertung Mitte des Jahres im Finanzausschuss.“

Wenn Finanzämter die Gemeinnützigkeit von Vereinen in Zweifel ziehen, liege das häufig an Fehlern in der Satzung, weil die Vereine Steuerrechtsänderungen darin nicht berücksichtigt hätten, sagte **Tilo Gundlack** (SPD). „Mit dem Antrag wollen wir keine allgemeine Kritik an der Arbeit der Steuerbehörden äußern“, sondern darauf drängen, Entscheidungen „mit Augenmaß zu treffen“, den Dienstleistungsgedanken zu verstärken und „Rechtsvorschriften einheitlich anzuwenden“. Dazu bedürfe es lediglich einer „Handreichung durch das Finanzministerium“. Klar sei für ihn aber auch: „Bei Missbrauchsfällen und groben Verstößen gegen geltende



Mehr als 60.000 Kinder treiben in M-V in Vereinen regelmäßig Sport.

Vorschriften muss die Aberkennung der Gemeinnützigkeit konsequent erfolgen.“ Vereine wies er auf das Steuerportal des Landes hin. Dort habe das Finanzministerium ein Merkblatt zur Gemeinnützigkeit und zum Spendenrecht

hinterlegt. „Hier können sich Vorstände immer mit dem aktuellen Vereinsrecht vertraut machen.“ Darüber hinaus biete auch die Ehrenamtsstiftung zahlreiche Seminare zu dem Thema an, so Gundlack.

Gemeinnützigkeit

Nach § 52 Artikel 1 der Abgabenordnung des Bundes verfolgt eine Körperschaft gemeinnützige Zwecke, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Das betrifft u.a. folgende Ziele:

- die Förderung von Wissenschaft und Forschung
- die Förderung der Religion
- die Förderung der Jugend- und Altenhilfe
- die Förderung von Kunst und Kultur
- die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege
- die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Umweltschutzes, des Küstenschutzes und des Hochwasserschutzes
- die Förderung des Wohlfahrtswesens, insbesondere der Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege
- die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene, Zivilbeschädigte und Behinderte sowie Hilfe für Opfer von Straftaten
- die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens
- die Förderung des Tierschutzes
- die Förderung von Verbraucherberatung und Verbraucherschutz
- die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern
- die Förderung des Schutzes von Ehe und Familie
- die Förderung der Kriminalprävention
- die Förderung des Sports
- die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde
- die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke

(Quelle: § 52 der Abgabenordnung)

Jeannine Rösler (DIE LINKE) zeigte sich überrascht vom „Sinneswandel“ der Koalitionsfraktionen. „Ich erinnere mich noch gut daran, als meine Fraktion vor gut einem Jahr das Thema ins Parlament holte.“ Damals hätten SPD und CDU die Linken noch mit „beschwichtigenden“ Hinweisen auf absolute Einzelfälle „abgespeist“. „Was ist seitdem passiert? Ich schiebe es mal in die Rubrik: Links wirkt!“ Ihre Fraktion werde den Antrag daher „gern unterstützen, auch wenn er etwas unkonkret daherkommt“ und phasenweise im Widerspruch zu den einstigen Antworten stehe: Damals habe die Landesregierung noch die Auffassung vertreten, dass Finanzämter in der Frage der Gemeinnützigkeit keine Ermessensspielräume hätten. Das klinge heute ganz anders. „Irrte die Landesregierung damals mit ihrer Aussage, oder hat sie gar wahrheitswidrig geantwortet?“ Das Zeichen, das CDU und SPD jetzt setzen wollen, komme für einige Betroffene inzwischen zu spät. „Wie der Presse zu entnehmen war, haben erste Vereine den Kampf mit dem Finanzamt um ihren Gemeinnützigkeits-Status bereits aufgegeben.“

Er könne nachvollziehen, dass sich die Linken als „Vorkämpfer“ bei dem Thema sehen, knüpfte **Egbert Liskow** (CDU) an. Aber in der Endkonsequenz stehe es ja nun noch einmal auf der Tagesordnung. „Ermessensspielräume sind immer da, auch bei Finanzämtern.“ Angesichts der komplizierten Rechtslage seien die – besonders im Umgang mit kleinen Vereinen – auch wichtig. Luft nach oben sehe er zudem im Beratungsangebot. „Ich weiß, dass Finanzämter teilweise schon Informationsveranstaltungen anbieten. Das sollte noch verstärkt werden.“ Für Vereine, deren Gemeinnützigkeit unstrittig sei, regte er vereinfachte Prüfkriterien an. Ihm gehe es darum, aus dem Parlament ein Zeichen an die Vereine zu senden, dass ihre ehrenamtliche Arbeit ausdrücklich gewollt sei. „Und wenn es da Probleme gibt, stehen, glaube ich, alle Fraktionen mit Tat und Kraft zur Verfügung und helfen. Wenn dieses Zeichen von hier ausgeht, haben wir schon viel erreicht.“

Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/145

Mietpreisbremse kann kommen

Rostock und Greifswald haben bereits Bedarf angemeldet

■ In zwölf Bundesländern gibt es sie bereits. Nun soll auch Mecklenburg-Vorpommern nachziehen: Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, eine Mietpreisbremse einzuführen. Rostock und Greifswald haben durch Bürgerschafts-Beschlüsse bereits Bedarf angemeldet. Voraussetzung für die Einführung ist ein angespannter Wohnungsmarkt. Ob dieser in den beiden Universitätsstädten vorliegt, soll nun geprüft werden. Im vergangenen April hatten SPD und CDU einen entsprechenden Vorstoß von Linken und Grünen noch abgelehnt. Jetzt brachten sie selbst den Antrag ein.

Für seine Fraktion gehe es darum, „dass Menschen mit unteren und mittleren Einkommen bezahlbare Wohnungen mieten können“, sagte **Rainer Albrecht** (SPD) in seiner Antragsbegründung. Und dafür müsse man „die schwarzen Schafe der Vermieterbranche“ in die Schranken weisen. In begehrten Wohnlagen wie der Innenstadt von Rostock oder Greifswald komme es bei Wiedervermietungen zu Preissprüngen von mehr als zehn Prozent. In der City zu wohnen, könnten sich dadurch immer weniger Menschen leisten. „So geht in den Städten eine ausgewogene soziale Mischung verloren.“ Nach Ansicht von Albrecht profitierten Mieter von einer



Foto: Jens Büttner

Mietpreisbremse gleich doppelt: „Erstens steigen die Mieten bei Wiedervermietungen nicht mehr unbegrenzt, und zweitens wird der Anstieg ortsüblicher Vergleichsmieten ebenfalls begrenzt.“ Darüber hinaus brauche es aber auch „Neubau, Neubau und nochmals Neubau“. „Leider wird unser Landesprogramm für den sozialen Wohnungsneubau zurzeit kaum nachgefragt.“ Hier müsse nachgebessert werden. Und auch die Kommunen hätten bei der Bereitstellung von Bauflächen noch einige „Hausaufgaben zu machen“.

„Bis die Mietpreisbremse wirklich greifen kann, liegt noch erhebliche Arbeit vor uns“, machte Infrastrukturminister **Christian Pegel** deutlich. Eine Mietpreisbremse unterliege „klaren gesetzlichen Voraussetzungen“. Um „juristisch auf der sicheren Seite zu stehen“, müsse sie „hieb- und stichfest“ begründet werden. „Dazu brauchen wir noch weitere Datenerhebungen.“ Das Land habe Rostock und Greifswald bereits um Zuarbeiten gebeten. Damit allein werde das Problem aber nicht gelöst. „Um das Übel bei der Wurzel zu packen, benötigen wir die Umsetzung sozialen

Wohnungsbaus.“ Und hier seien die Kommunen gefragt, dafür zu sorgen, dass ihre Vermieter investieren. „Wir als Landesregierung können keinen Bagger anmieten und neue Häuser auf freie Grundstücke setzen. Wir können nur Förderanreize setzen.“ Zum Beispiel mit dem Projekt „Neubau Sozial“. „Dafür stehen in diesem Jahr 14,5 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung.“ Pegel kündigte an, die Förderrichtlinie jetzt zügig zum Abschluss zu bringen, um die bereits vorliegenden Anträge „sehr schnell“ bescheiden zu können.

„Der Eingriff in die freie Marktwirtschaft, den Sie heute durchboxen wollen, ist überzogen und völlig überflüssig“, entgegnete **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). Er warf SPD und CDU vor, sich mit einer Mietpreisbremse „aus der Verantwortung zu stehlen“ und Investoren abzuschrecken. „Geht Ihr Antrag durch, sorgen Sie für eine künstliche Verknappung von Wohnraum.“ In der Folge würden die Mieten noch schneller steigen. „Besser als eine staatlich regulierte Preisbremse wäre, wenn die Landesregierung den Kommunen beim Bau von Sozialwohnungen unter die Arme greifen würde.“ Stattdessen lasse die Landesregierung jedoch die Kommunen seit langem „ausbluten“, so dass diese „reihenweise ihre Wohnungsbestände verkauft haben“. Nicht vergessen werden dürften in der Diskussion auch die Nebenkosten. „Sie sind mittlerweile zu einer zweiten Miete herangewachsen. Sorgen Sie dafür, dass die Grundsteuer und die Energiepreise fallen. Denn bei der zweiten Miete hilft auch keine Mietpreisbremse.“ Er empfahl den Regierungsparteien, den Antrag zurückzuziehen.

Die Mietpreisbremse

Die Mietpreisbremse soll verhindern, dass die Mieten in begehrten Wohngebieten ins Unermessliche steigen. Wenn ein Bundesland sie einführt, gilt sie aber nicht automatisch in allen Städten und Dörfern, sondern nur in Gegenden mit einem angespannten Wohnungsmarkt – und auch nur für neu abgeschlossene

Mietverträge. Die Gebiete legen die Länder selbst fest. In diesen Gegenden darf die Miete dann maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Obergrenze gilt nicht, wenn ein Vermieter eine neu gebaute oder umfassend modernisierte Wohnung zum ersten Mal vermietet.

Christiane Berg (CDU) warb darum, bei allen Überlegungen die Vermieter nicht aus dem Blick zu verlieren. „Man kann Vermietern nicht Lasten aufbürden und gleichzeitig das Absinken oder Nicht-Weiter-Steigen von Mieten fordern.“ Einen „Königsweg“ gebe es nicht. Um den Wohnungsmarkt zu entspannen, brauche es neben einer Mietpreisbremse weitere Maßnahmen. Hier seien Kommunen, Wohnungsunternehmen, private Dritte und das Land gleichermaßen gefragt, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu beflügeln. „Dazu zählen die Bereitstellung von Bauland und die Bereitschaft der Kommunen, dieses nicht bedingungslos an Höchstbietende zu verkaufen, finanzielle Anreize wie Förderungen oder steuerliche Vergünstigungen und eine Vereinfachung von Bauvorschriften und anderen Vorgaben.“ Festlegungen, wie in der Energieeinsparverordnung, „schränken Bauwillige ein, verteuern den Bau von Wohnungen und führen dadurch auch zur Erhöhung der Mietpreise“.

Für die Linke kommt der Antrag der Regierungsparteien viel zu spät. „Das hätten Sie mit uns schon früher haben können“, betonte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE) und erinnerte an einen gemeinsamen Antrag mit den Grünen aus dem vergangenen Jahr. Damals wie heute hätte es geheißen, dass die Bedingungen bereits geprüft würden. „Da frage ich mich: Was prüfen Sie denn so lange und welche neuen Erkenntnisse suchen Sie?“ Die Mietspiegel sendeten seit Jahren eine eindeutige Botschaft: Die Mieten steigen. „Dieser Entwicklung wurde auch von Bundesebene viel zu lange zugesehen.“ Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen – und hoffe, dass der Bund die gesetzlichen Vorschriften noch verschärfen werde. „Das Problem sind die Ausnahmen. Wenn eine neu gebaute Wohnung zum ersten Mal vermietet wird oder nach einer umfassenden Renovierung ein neuer Mieter einzieht, gilt die Bremse nicht.“ Noch gravierender sei, dass es bei Verstößen gegen die Obergrenze Sache der Mieter sei, ihre Rechte einzufordern. „Die meisten klagen natürlich nicht.“

Antrag SPD/CDU Drucksache 7/146



Foto: Jens Büttner

Gute Löhne sind wichtig, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Wie kommt MV aus dem Lohnkeller?

DIE LINKE will Druck auf Unternehmer erhöhen

■ Die Linken haben von der Landesregierung einen Pakt mit Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert. Das erklärte Ziel dahinter: den Anteil tarifgebundener Unternehmen zu fördern, das Lohnniveau zu verbessern und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Außerdem warb die Oppositionsfraktion darum, für öffentliche Aufträge des Landes einen Mindestlohn von 11,68 Euro zur Maßgabe zu machen. In der Folge dürften Firmen, die weniger zahlen, bei der Auftragsvergabe nicht berücksichtigt werden. Die Koalition bezeichnete die Forderungen als Tagträumereien. Auch die AfD lehnte den Antrag ab.

„Mecklenburg-Vorpommern steckt nach wie vor im Lohnkeller, und die Schere zwischen arm und reich wird immer weiter“, begründete **Helmut Holter** (DIE LINKE) den Antrag seiner Fraktion. „Die Landesregierung redet von Wachstum, vom Bruttoinlandsprodukt, von der Steigerung der Produktivität, von guter Konjunktur, vom Ersten Arbeitsmarkt, von Überschüssen und davon, wie rosig alles ist. Doch was kommt davon bei den Menschen an?“ Noch immer verdienten Arbeitnehmer hierzulande im

bundesweiten Vergleich jährlich 10.000 Euro weniger. Die Zeit für Lohn-Appelle an Unternehmer sei vorbei. „Jetzt braucht es Taten“ – allen voran einen Pakt zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Nach dem Willen der Linken sollen sie vereinbaren, dass bis 2020 40 Prozent der Unternehmen in M-V tarifgebunden seien und die Zahl bis 2025 weiter steige. „Das ist sehr ambitioniert, aber nicht unrealistisch.“ Holter appellierte an das Land, mit gutem Beispiel voranzugehen, und nannte es „pervers“, dass die Landesregierung die Vergabe öffentlicher Aufträge an einen Mindestlohn knüpfte, „der geradewegs in die Altersarmut führt“.

Im Gegensatz zu den Linken sieht Wirtschafts- und Arbeitsminister **Harry Glawe** Mecklenburg-Vorpommern „auf dem richtigen Weg“. Die Zahl der Arbeitslosen halb so hoch wie vor zehn Jahren, die Zahl Sozialversicherungsbeschäftigter so hoch wie nie, hielt er Holters Kritik entgegen. Hinzu kämen viele Neuansiedlungen und zunehmend mehr ausbildende Betriebe. „Die Absolventen der Universitäten und Hochschulen haben gute Job-Chancen in Mecklenburg-Vorpommern. Und keiner, der die Schule beendet, muss das Land verlassen. Für jeden ist eine Lehrstelle vorhanden.“ Nicht verschwiegen werden dürfe, dass Firmen, die nach Tarif zahlen, bereits eine fünf Prozent höhere Investitionsförderung vom Land erhielten; jeder Unternehmer, der einen Betrieb übernehme, 7.500 Euro Meisterprämie bekomme und auch das bestehende Fachkräftebündnis gute Arbeit leiste. „All das sind Maßnahmen, die dazu ge-

Fotos: Jens Büttner



eignet sind, Lohnerhöhungen im Land Zug um Zug weiter umzusetzen.“ Die Politik könne dabei zwar Anreize setzen. Arbeitsplätze für Arbeitnehmer attraktiv zu machen, bleibe am Ende aber eine Aufgabe der Unternehmer.

„Ich gebe Ihnen Recht, dass der Fachkräftemangel eine der größten Herausforderungen in diesem Land ist“, pflichtete **Jochen Schulte** (SPD) den Linken bei. Aber dann hörten die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Er halte die Situation für weitaus weniger schlecht als dargestellt. Mecklenburg-Vorpommern sei an vielen Stellen bereits vorangekommen. „Sie haben ja eben selbst eingeräumt, dass in den letzten Jahren ein Lohnzuwachs stattgefunden hat.“ Vor dem Hintergrund der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU finde er den Antrag der Linken „charmant“. In den Ziffern 22 und 27 werde „die Zahlung von Tariflöhnen bereits zum Eckpfeiler der Förderpolitik“ gemacht. Er betonte, dass Unternehmen, die Tariflohn zahlten, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht benachteiligt werden dürften. „Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Förderpolitik gezielt an die Zahlung von Tariflöhnen geknüpft wird.“ Er schlug den Linken vor, am Ende des Jahres noch einmal über das Thema zu reden. Das mache mehr Sinn, als zu Beginn einer Wahlperiode Dinge „übers Knie zu brechen“.

„Gute Arbeit und gute Löhne – wer will das nicht?“, fragte **Prof. Dr. Ralph Weber** von der AfD. Die Ursachen niedriger Löhne und fehlender Fachkräfte

aber mit Druck auf die Unternehmen angehen zu wollen, halte er für den falschen Weg. „Das geht zu Lasten kleiner und mittelständischer Unternehmen.“ Diese hätten oftmals gute Gründe, sich keiner Tariftgemeinschaft anzuschließen und dem Druck großer Betriebe in den Arbeitgeberverbänden aus dem Weg zu gehen. „Richtig wäre es, Anreize zu stärken, die junge Menschen dazu bringen, eine Ausbildung im Handwerk anzustreben.“ Dazu brauche es nicht nur eine Meisterprämie, sondern „ein schulisches Fundament“, das nicht nur darauf getrimmt sei, „immer mehr Schüler zum Abitur zu bringen“ und „ins Studium zu tragen“. Einen vergabespezifischen Mindestlohn von 11,68 Euro zu fordern, sei angesichts der ausländischen Billiglöhne-



Konkurrenz fatal. Solche Löhne könnten dann nur Großunternehmen aus den westlichen Bundesländern zahlen. „Ihr Antrag schafft also nicht nur keine Arbeitsplätze in unserem Bundesland, sondern vernichtet hier Arbeitsplätze.“

„Wir stehen kurz vor der Bundestagswahl“, vermutete **Sebastian Ehlers** (CDU) als Grund für den Antrag. „Da ist es dann ganz schön und lustig, solche Forderungen aufzumachen.“ Für ihn stehe außer Frage, dass beim Thema Löhne noch viel getan werden müsse. Den Stempel „Niedriglohnland“ ständig „wie eine Monstranz“ vor sich herzutragen und Erfolge auszublenden, bringe jedoch keine jungen Leute ins Land. Der Mittelstandsbericht 2015 zeige ganz deutlich, dass die Bruttolöhne im Vergleich von 2013 zu 2014 um 3,8 Prozent gestiegen seien. „Das ist eine der höchsten Steigerungsraten aller Bundesländer.“ Die Ursachen für die niedrige Tarifbindung in Mecklenburg-Vorpommern sieht Ehlers vor allem in der „kleinteiligen Unternehmensstruktur“ begründet. Eine Struktur, „die unser Land trägt und die auch dazu beigetragen hat, dass wir besser als andere Bundesländer durch die Wirtschaftskrise 2009 gekommen sind“. Anders als die Linke bekenne sich die Koalition jedenfalls ganz klar zur Tarifautonomie. „Und diesen Weg werden wir auch weitergehen.“

„Der gesetzliche Mindestlohn war was? Ein politischer Eingriff in die Wirtschaft! Die Maut war was? Ein politischer Eingriff in die Wirtschaftspolitik! Die Mietpreisbremse ist was? Ein politischer Eingriff in die Wirtschaftspolitik!“, verteidigte **Helmut Holter** (DIE LINKE) in der Aussprache den Antrag seiner Fraktion. Der vorgeschlagene Pakt sei kein Angriff gegen die Tarifautonomie. Es gehe nicht darum, die Verantwortung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auszuhebeln, sondern Vereinbarungen zu treffen, um zu höheren Löhnen und einer besseren Tarifgebundenheit zu kommen. Perspektivisch nur noch tarifgebundene Unternehmen als förderfähig einzustufen, würde Beschäftigten am Ende mehr Lohn bringen. „So macht man Druck auf den Kessel.“

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/143

Weitere Beschlüsse

Schulgesetz-Novelle

■ Die kostenfreie Schülerbeförderung soll künftig auch in Schwerin und Rostock gelten. Hierzu muss das Schulgesetz geändert werden. Im Gegensatz zu den Landkreisen müssen Eltern die Fahrtkosten zur Schule in den beiden kreisfreien Städten bislang selber tragen. Erstattungen sollen analog zu den Regelungen auf Kreisebene möglich sein, wenn die Wege zur örtlich zuständigen Schule länger als zwei (Grundschule) oder vier Kilometer (weiterführende Schule) sind. Um die jeweils örtlich zuständige Schule ermitteln zu können, müssen beide Städte Schuleinzugsbereiche festlegen.

Neben dem Thema Schülerbeförderung sieht die Gesetzesänderung auch eine Option für eine Direktwahl der Schülersprecher vor.

Nach der ersten Lesung im Landtag am 25. Januar wurde der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Am 22. Februar führte der Bildungsausschuss hierzu eine öffentliche Anhörung durch.

*Gesetzentwurf SPD/CDU
Drucksache 7/144*

Landesverfassungsgericht

■ Das Landesverfassungsgericht hat einen neuen Präsidenten. Der Landtag hat am 25. Januar 2017 Burkhard Thiele mit großer Mehrheit zum Nachfolger von Hannelore Kohl gewählt. Thiele war bislang Vizepräsident. Diese Funktion



Burkhard Thiele (r.) ist der neue Präsident des Landesverfassungsgerichts, Sven Nickels der neue Vizepräsident.
Foto: Cornelius Kettler



Foto: Jens Büttner

Wie in den Landkreisen soll die Schülerbeförderung künftig auch in Rostock und Schwerin unter bestimmten Bedingungen für die Eltern kostenfrei sein.

übernimmt jetzt Sven Nickels, der als Richter am Schweriner Verwaltungsgericht arbeitet. Eine Amtszeit beträgt zwölf Jahre und endet spätestens mit der Vollendung des 68. Lebensjahres. Hannelore Kohl war aus Altersgründen ausgeschieden. Das machte die Neuwahl nötig. In der Plenarsitzung am Folgetag legten Burkhard Thiele und Sven Nickels im Parlament ihren Amtseid ab. Das Landesverfassungsgericht tritt nur bei Bedarf zusammen, die Verfassungsrichter üben ihr Amt ehrenamtlich aus.

*Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses
Drucksache 7/171*

Landesplanungsbeirat

■ Der Landesplanungsbeirat hat vier neue Mitglieder: Rainer Albrecht (SPD), Stephan J. Reuken (AfD), Wolfgang Waldmüller (CDU) und Dr. Wolfgang Weiß (DIE LINKE). Der Landesplanungsbeirat berät die oberste Landesplanungsbehörde – das Ministerium für Energie, Verkehr und Landesentwicklung – insbesondere bei der Aufstellung des Landesraumentwicklungsprogramms. Dem Beirat gehören 24 Mitglieder an, vier davon werden aus der Mitte des Landtages gewählt. Sie werden jeweils für die Dauer einer Wahlperiode berufen.

*Wahlvorschlag SPD, AfD, CDU, DIE LINKE
Drucksache 7/167*

Demokratie-Landesprogramm

■ Wie wird das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ umgesetzt? Einmal im Jahr legt die Landesregierung dem Landtag dazu einen Bericht vor. Der aktuelle nimmt das Jahr 2015 in den Blick. Zu den Arbeitsschwerpunkten in dem Jahr gehörten unter anderem die Unterstützung von Initiativen zur Unterbringung von Geflüchteten sowie von Beratungsprojekten zum Thema Flucht und Asyl. „Der Bericht zeigt erneut, wie wichtig die gebündelten Anstrengungen des Landes nach wie vor sind“, sagte Bildungsministerin Birgit Hesse. Für die Linken gibt es neben „viel Gutem im Bericht“ auch „Korrekturbedarf“, unter anderem bei den bürokratischen Hürden und der finanziellen Basis für Projekte. Deshalb hatte die Linksfraktion die Beratung der Unterrichtung auf die Tagesordnung der Landtagsitzung gesetzt. Der Bericht wurde zur Detailberatung in den Bildungsausschuss überwiesen. Das 2006 vom Landtag beschlossene Landesprogramm hat zum Ziel, Initiativen für ein demokratisches und tolerantes Miteinander zu unterstützen und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken.

*Unterrichtung Landesregierung
Drucksache 7/46*



Von herzhaft bis süß

Ausschüsse des Landtages auf der Internationalen Grünen Woche

■ „Von herzhaft bis süß – für jeden etwas dabei“ – so lässt sich der kulinarische Rundgang der Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in der Mecklenburg-Vorpommern-Halle der Internationalen Grünen Woche in Berlin wohl am besten beschreiben. Die vielfältigen Angebote lockten wie in den Vorjahren große Besucherzahlen in die Halle 5.2 b, in der sich nicht nur die Ernährungswirtschaft des Landes ein Stelldichein gab und Bekanntes wie auch Neuheiten präsentierte.

Internationale Grüne Woche

Die IGW fand vom 20. bis 29. Januar 2017 zum 82. Mal statt. 1.650 Aussteller aus 66 Ländern vermittelten einen umfassenden Überblick über den Weltmarkt der Ernährungsindustrie sowie eine Leistungsschau der Landwirtschaft und des Gartenbaus. Knapp 400.000 Messe- und Kongressbesucher zeigten sich überaus konsumfreudig – mit durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben von 120 Euro be-

„Mecklenburg-Vorpommern erzeugt mehr hochwertige Lebensmittel, als es mit seinen Einwohnern und Gästen verzehren kann“, so die Vorsitzende des Agrarausschusses, **Elisabeth Aßmann**. „Wir müssen deshalb noch mehr den Fokus auf eine Vermarktung hochwertiger Lebensmittel in den Metropolregionen vor unserer Haustür richten.“ Ihr Kollege **Dietmar Eifler**, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, konnte ihr da nur beipflichten: „Es ist eine alte Weisheit, dass man mit Speck Mäuse fängt. Viele Besucher, die wegen der Köstlichkeiten zu uns gekommen sind, verabschieden sich mit Prospekten des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern oder lokaler Anbieter im Gepäck, die hoffentlich Anstöße für die familiäre Urlaubsplanung in diesem Jahr geben werden.“

Einig waren sich beide darin, dass der Dreiklang von intakter, vielfältiger Natur, moderner Land- und Ernährungswirtschaft sowie einem sanften Tourismus das besondere Etwas ist, mit dem Mecklenburg-Vorpommern punktet. Erfreut waren die Parlamentarier darüber, dass gute Beispiele offenbar auch international Schule machen. So wird das Land Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Erfahrungen dabei helfen, auf der Insel Kreta ein Biosphärenreservat aufzubauen. Sicher war dabei der im Müritznationalpark gelegene Serrahner Wald als Teil des UNESCO-Weltnaturerbes „Alte Buchenwälder Deutschlands“ eines der Argumente, das die griechischen Partner bewogen hat, den Kontakt zu Mecklenburg-Vorpommern herzustellen. Auch die Hallenbesucher konnten sich dem Zauber der eindrucksvollen Bilder aus den Großschutzgebieten des Landes kaum entziehen, die auf einer Videowand zu sehen waren.

scherten sie den Ausstellern Umsätze von mehr als 48 Millionen Euro. Mecklenburg-Vorpommern präsentierte sich zum 26. Mal auf der Grünen Woche, zum 17. Mal mit einer eigenen Länderhalle. Die rund 60 MV-Aussteller lagen mit ihrem großen Angebot von landestypischen Spezialitäten voll im aktuellen Verbrauchertrend „Regionalität“.



Zusammenarbeit im Ostseeraum

Ständiger Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz und Arbeitsgruppe für Nachhaltigen Tourismus tagten in Brüssel

■ Am 22. Januar 2017 nahm Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** an der Sitzung des höchsten Führungsgremiums der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Brüssel teil und leitete dort am 23. Januar die 5. BSPC-Arbeitsgruppensitzung für Nachhaltigen Tourismus.

Im Zentrum der Sitzung des Ständigen Ausschusses der BSPC wurde über den Umsetzungsstand der 25. Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz informiert. **Sylvia Bretschneider** berichtete, dass der Landtag dieser Resolution auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE ausdrücklich zugestimmt und die Landesregierung mit der Umsetzung der darin enthaltenen Handlungsempfehlungen beauftragt hat.



Beratung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz am 27. Januar in Brüssel.

Foto: Ständiger Ausschuss (Philippe Buissin)

Sodann wurde über das weitere Verfahren im Umgang mit Weißrussland beraten, das einen Antrag auf Verleihung des „Beobachterstatus“ bei den Ostseeparlamentariern gestellt hatte. Die Mitglieder verständigten sich darauf, Weißrussland gegenwärtig keinen Beobachterstatus zu verleihen, jedoch weiterhin in Kontakt mit dessen Parlamentariern zu bleiben und eine Delegation aus der dortigen Nationalversammlung zur nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz nach Hamburg einzuladen.

Anschließend unterrichtete Sylvia Bretschneider das Gremium über die Aktivitäten der von ihr geleiteten BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“. Diese werde in den nächsten Sitzungen über die Stärkung der Beziehungen zwischen internationalen Organisationen und der Ostseeregion beraten und konkrete Empfehlungen an die Regierungen der Regionen und Staaten besprechen.

Am Folgetag leitete Bretschneider die Beratung der BSPC-Arbeitsgruppe für „Nachhaltigen Tourismus“. Der Einladung der Präsidentin in die Räume des EU-Informationsbüros Mecklenburg-Vorpommerns folgten mehr als 30 Ostseeparlamentarier, Sachverständige, Beobachter und Verwaltungsmitarbeiter. Die Sitzung begann mit einer Videokonferenz zwischen Madrid und

Brüssel. Die Direktorin für Europa der UN-Welttourismusorganisation Isabel Garaña informierte über die weltweiten Tourismusentwicklungen mit Blick auf das Internationale Jahr für nachhaltigen Tourismus der Vereinten Nationen. Anschließend referierte Prof. Paul Peeters vom Zentrum für nachhaltigen Tourismus und Transport der Universität Breda über die Verbindungen zwischen Umweltschutz, Klimawandel und nachhaltigem Tourismus. Insbesondere zur Optimierung von Verkehrswegen wurden konkrete Handlungsempfehlungen zur Erreichung von „nachhaltigem Tourismus“ in der Ostseeregion dargestellt. Als dritter Experte unterrichtete der Ab-

teilungsleiter für Tourismus, Wachstum und Kreativwirtschaft der Europäischen Kommission Carlo Corazzo über Fördermaßnahmen für verknüpfte private und öffentliche Tourismusprojekte.

Die beiden nächsten Arbeitsgruppensitzungen werden im März in Kiel und im Mai auf den Åland Inseln stattfinden. In die Beratungen in Kiel werden Jugendliche und junge Erwachsene einbezogen, die von den Mitgliedsparlamenten der BSPC benannt werden. Für Mecklenburg-Vorpommern wird Lea Hein teilnehmen, die zurzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie im Landtag M-V absolviert.

Jetzt bewerben

Umweltpreis des Landtages

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schreibt zum 15. Mal den Ernst-Boll-Umweltpreis aus. Zum Thema „Streuobstwiese, Bienenweide und Co. – Engagement für die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft“ können sich Einzelpersonen, Gruppen, Verbände sowie juristische Personen **bis einschließlich 30. Juni 2017** am Wettbewerb beteiligen.

Die Projekte, Leistungen oder Initiativen müssen einen ausschreibungs-

sowie landesbezogenen Charakter haben und dürfen noch nicht anderweitig prämiert sein. Auszeichnungen werden in den Kategorien „Umweltpreis“ (dotiert mit 15.000 Euro) und „Jugendumweltpreis“ (dotiert mit 10.000 Euro) vergeben.

Informationen und Wettbewerbsunterlagen: www.landtag-mv.de (Mitmachen)



Eine Brücke in die Vergangenheit

Landtag erinnert an die Opfer
des Nationalsozialismus

■ Natan Grossmann ist dem Tod entronnen. Im Ghetto von Łódź. In Auschwitz. Auf dem Todesmarsch nach Ludwigslust. Er ist ein Teenager, als die Nazis das dunkelste Kapitel seines Lebens schreiben. Jahrzehntlang streicht er es aus seinem Gedächtnis. Bis er im hohen Alter eine Regisseurin trifft und mit ihr zu den Stätten seiner Kindheit reist. „Linie 41“ heißt der Dokumentarfilm, der daraus entstanden ist und bei der diesjährigen Veranstaltung des Landtages zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus gezeigt wurde. Ein Film, der erzählt, wie Opfer, Täter und ihre Nachkommen mit den Ereignissen von damals umgegangen sind.

Herbst 1939. Zgierz, ein jüdisches Shtetl zehn Kilometer von Łódź entfernt. Hier leben die Grossmanns: Natan, sein älterer Bruder Ber, Mutter Bluma und Vater Avram. Der Vater ist Schuster. Die Familie wohnt in zwei Zimmern zur Untermiete. Die beiden Jungs gehen zur Schule.

Im Ghetto von Łódź

Natan ist zwölf, als die Wehrmacht in Zgierz einmarschiert, alle Juden vertreibt und ins Ghetto nach Łódź steckt. Hier, im zweitgrößten nach Warschau, leben 1940 um die 160.000 Menschen. Über die Jahre waren es 200.000. Mitten in der Stadt. Eingepfercht auf vier Quadratkilometern. Wer dem Zaun aus Planken und Stacheldraht zu nahe kommt, wird erschossen. Łódź soll eine deutsche Stadt werden, heißt ab April 1940 Litzmannstadt. Und während auf der einen Seite des Zauns der Aufbau voranschreitet, sterben auf der anderen Seite täglich Kinder, Frauen, Männer. Vor Hunger, Kälte, Erschöpfung. Weil sie krank sind. Oder ins Vernichtungslager deportiert werden.



Sylvia Bretschneider, Natan Grossmann und Tanja Cummings verfolgen den Dokumentarfilm „Linie 41“.

Fotos: Sven Schweiger



Natan Grossmann überlebte den Holocaust als Einziger seiner Familie.

Mitten durch diese beiden Welten ratern Straßenbahnen. Eine von ihnen ist die Linie 41. Die Fahrgäste: Deutsche und Polen. Haltestellen gibt es auf dem Abschnitt nicht. Bewaffnete Wachleute sorgen zusätzlich dafür, dass keiner ein- und aussteigt.

Im März 1942 verschwindet Ber. Erst bei den Dreharbeiten erhält Natan die Gewissheit, dass sein Bruder im Vernichtungslager Chelmno (Kulmhof) vergast wurde. Einige Monate nach Bers Verschwinden muss sein Vater zu einem Verhör. Er kehrt nie zurück. „Ich konnte nicht mal das Kaddisch für ihn sagen“, erzählt Natan Grossmann im Film. Kurz darauf verhungert seine Mutter.

Auschwitz, Zwangsarbeit, Todesmarsch

Im August 1944 wird Natan Grossmann mit 65.000 Menschen nach Auschwitz deportiert. Die meisten von ihnen werden unmittelbar nach ihrer Ankunft vergast. Natan hat Glück. Er hatte im Ghetto in einer Schmiede gearbeitet, ist kräftiger als viele andere und wird zum Arbeiten gebraucht. Nach drei, vier Wochen lässt der Kommandoführer alle Metallarbeiter vortreten. Für eine Fabrik in Braunschweig werden Arbeiter gesucht. So entkommt er Auschwitz.

Auf Auschwitz folgt das KZ-Außenlager Vechelde, von da der Todesmarsch nach Ludwigslust. Natan überlebt. Am 2. Mai 1945 wird das KZ Wöbbelin von den Amerikanern befreit. Da ist er siebzehneinhalb. Und der Einzige seiner Familie, der den Krieg überlebt hat.

Neues Leben in Israel

1946 geht er nach Palästina. „Dort habe ich mein vorheriges Leben annulliert“, erzählt er auf der Gedenkveranstaltung in Schwerin. Er arbeitet in der Land-



Rund 60 Schülerinnen und Schüler aus Schwerin waren bei der Gedenkveranstaltung am 26. Januar dabei. Besonders wertvoll war für sie das persönliche Gespräch mit Natan Grossmann.

Foto: Sven Schweiger

wirtschaft, kämpft 1948 im Unabhängigkeitskrieg mit. Ende der 50er-Jahre kommt er nach Deutschland. Die Erfrierungen aus dem Ghetto machen ihm zu schaffen. In München sitzt ein Spezialist, sagen die Ärzte in Israel. Hier verliebt er sich in eine Deutsche – und bleibt. „Sie ist die beste Wiedergutmachung, die ich von Deutschland bekommen konnte“, sagte er einmal. Die Zeit der Gefangenschaft, das Schicksal seiner Familie verdrängt er, so gut es geht.

Natan Grossmann ist über 80, als er Tanja Cummings trifft. Die Regisseurin sucht Zeitzeugen für einen Dokumentarfilm über Łódź. Mit ihr redet er das erste Mal über seine Geschichte. Gemeinsam reisen sie zu den Stätten seiner Kindheit.

Zwei Väter

Seine Suche nach der Vergangenheit kreuzt sich mit der von Jens-Jürgen Ventzki. Auch er sucht nach Antworten. Sein Vater war zu jener Zeit Oberbürgermeister von Łódź – und damit auch verantwortlich für die Zustände im Ghetto. Eine Ahnung, erzählt er im Film, sei im-

mer da gewesen. „Aber ich hatte null konkrete Hinweise.“ Die Eltern hätten bis zuletzt geschwiegen. In den 1990ern beginnt er zu recherchieren. Das Bild vom liebevollen Vater zerbricht. „Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass ich zwei Väter hatte“: den liebevollen, der mit seinen Kindern lacht, albert, Mensch-

ärgere-dich-nicht spielt. Und den, der die Menschen im Ghetto verhungern lässt. „Mein Vater ist für mich genauso ein Täter wie jemand, der geschossen hat.“

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zollte ihm dafür großen Respekt. „Ich habe das erste Mal erlebt, dass wirk-

Meinungen

Man kennt vieles aus Büchern, aus dem Geschichtsunterricht – aber für uns persönlich ist das Generationen weit entfernt. Durch Zeitzeugen wie Nathan Grossmann erfährt und erlebt man, was in der Schule nicht gelehrt werden kann.

Lennart Düring

Die Mischung aus Film und unmittelbarem Erleben hat mir gut gefallen. Der Film zeigt mit der Person Ventzki eine ganz andere Perspektive auf. Die persönlichen Gespräche mit Herrn Grossmann im Anschluss der offiziellen Veranstaltung boten gerade uns Jugendlichen eine seltene und äußerst kostbare Gelegenheit, Antworten und Anregungen zu

erhalten, die in keinem Geschichtsbuch stehen und die man für immer behalten wird.

Christian Winter

Ich fand es sehr authentisch. Die meisten Zeitzeugen sind irgendwie weit weg. Jetzt wo man das gesehen hat, kann man sich das besser vorstellen. Weil er die Stätten selbst besucht und sich hineingewagt hat.

Hanna Werner

Zeitzeugen wie Nathan Grossmann können Geschichte lebendig machen. Sie sind für alle eine Brücke in die Vergangenheit.

Sylvia Bretschneider



Für den Dokumentarfilm „Linie 41“ kehrte Natan Grossmann erstmals an den Ort seiner Kindheit zurück.

Foto: Sven Schweiger

lich jemand sagt: Ich stehe dazu: Mein Vater hat sich schuldig gemacht. Davon gibt es viel zu wenige Beispiele.“

Geschichte lebendig machen

Seit der Film im September 2015 veröffentlicht wurde, ist Natan Grossmann bei vielen Veranstaltungen zu Gast. „Sie können Geschichte lebendig machen. Sie sind für alle, die diese schreckliche Zeit zum Glück nicht miterleben mussten, die Brücke in die Vergangenheit“, bedankte sich Sylvia Bretschneider für sein Kommen nach Schwerin. Dabei

möchte der 89-Jährige eigentlich gar nicht, dass man ihm dankt. Für ihn sei es eine Verpflichtung, seine Geschichte zu erzählen, sagt er. „Denn das, was damals war, darf nie mehr passieren. Aber es gibt auch heute Stimmen, nicht nur in Deutschland, die sagen, dass der Holocaust nicht stattgefunden hat. Und denen habe ich persönlich den Kampf angesagt.“

Opfer, Täter, Zuschauer

Als Regisseurin Tanja Cummings 2008 mit den Recherchen beginnt, hatte sie eine ganz andere Vorstellung, worum

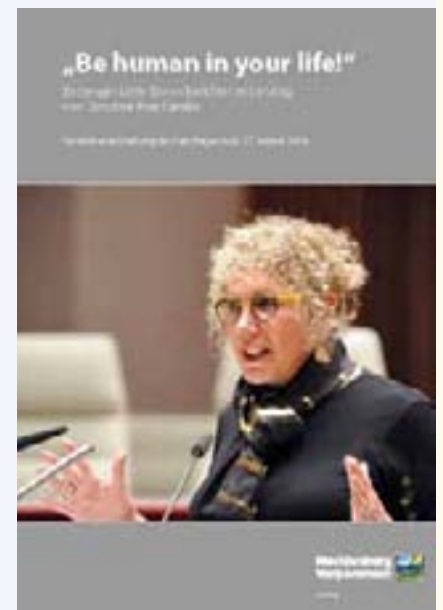
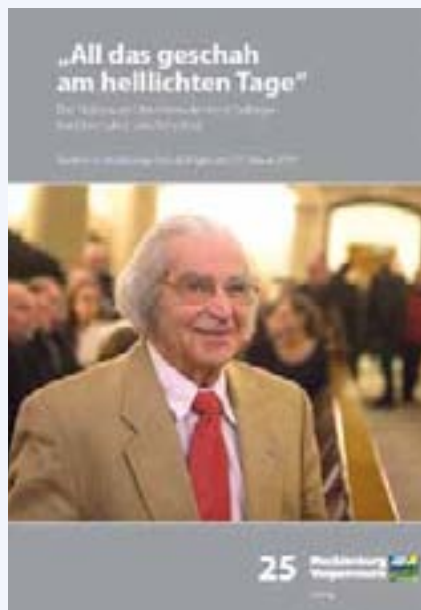
es in ihrem Film gehen soll. Auslöser für die erste Reise nach Łódź sei Israel J. Singers Buch „Die Brüder Ashkenasi“ gewesen, erzählt sie im Anschluss an den Film. „Darin beschreibt Singer die Zeit vor dem Krieg und das enge Verhältnis von Deutschen, Juden und Polen in der Stadt. Das war das, was mich zunächst am stärksten interessiert hat.“ Die Zeitzeugen, die sie trifft, sprechen jedoch kaum über die Vorkriegszeit. „Alles drehte sich im Grunde um den Krieg und das Ende des Łódzger Menschen“, sagt Cummings. Als sie von der Straßebahn hört, die mitten durch das Ghetto fuhr, ist für sie klar, dass die Täterperspektive, die Opferperspektive und die Perspektive derer, die aus der Bahn zusehen, die tragenden Rollen spielen werden. Natan Grossmann geht es indes noch um etwas anderes: Für ihn räumt der Film auch mit der Vorstellung auf, dass alle Juden reich sind. „In Osteuropa herrschte große jüdische Armut.“

Im Film begegnen sich Natan Grossmann und Jens-Jürgen Ventzki nur einmal. Ein emotionaler Moment für beide. Inzwischen sind sie Freunde, erzählen ihre Geschichte oft gemeinsam bei Veranstaltungen. Auch nach Schwerin wären sie zusammen gekommen, wäre Jens-Jürgen Ventzki nicht krank geworden. „Wir haben beide beschlossen, so lange wir leben für die Wahrheit zu kämpfen.“

Zeitzeugen im Landtag zu Gast

Zeitzeugen hatte der Landtag zu den Holocaust-Gedenkveranstaltungen auch in den vergangenen Jahren eingeladen. 2015 berichtete der Holocaust-Überlebende Horst Selbiger über sein Schicksal. Gastrednerin 2016 war die israelische Autorin Lizzie Doron. Die Tochter einer Holocaust-Überlebenden berichtete, wie die traumatischen Erlebnisse nicht nur das Leben der Geretteten bis heute prägen, sondern auch das ihrer Kinder und Enkel.

Dokumentationen beider Veranstaltungen finden Sie auf der Internetseite des Landtages. Restexemplare senden wir auf Anfrage (Tel. 0385-525-2113) gern kostenlos zu.





Blick zum Präsidium des Plenarsaals mit Landeswappen und Flaggen. Auch im neuen Plenarsaal wird das Landeswappen in die Wandgestaltung einbezogen.

Landessymbole

Wappen, Flagge und Landessignet repräsentieren das Land

■ Kommen Besucher in den Plenarsaal, interessieren sie sich meist nicht nur für die Sitzordnung der Fraktionen und der Landesminister – viele fragen auch nach dem Wappen, das die Stirnseite des Saales ziert, und nach den Flaggen, die hinter dem Präsidium hängen und die an Sitzungstagen und auch bei offiziellen Anlässen vor dem Hauptportal des Schlosses gehisst werden. Ergänzt werden die sogenannten Hoheitszeichen Wappen und Flagge durch das Landessignet. Die Landessymbole repräsentieren das Land und erzählen dabei eine Menge über die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns.

Im Landeswappen vereinen sich Stierkopf, Greif und Adler als Symbole und Traditionen der einzelnen Landesteile Mecklenburg-Vorpommerns. Sie stehen gemeinsam für den hoheitlichen Auftritt des Landes. Auch die Farben der Landesflagge – Blau, Rot, Gelb und Weiß – versinnbildlichen die Ver-

einigung Mecklenburgs und Vorpommerns zum heutigen Bundesland. Das Landessignet schließlich ist Bestandteil und Markenzeichen des Landes und der Landesmarketingkampagne „MV tut gut.“

Landeswappen

Das Land Mecklenburg-Vorpommern führt zwei Wappen. Sie unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihres Aussehens, sondern auch durch ihre Verwendung.

Das große Landeswappen wird vom Landtag und den obersten Landesbehörden genutzt. Es zeigt einen viergeteilten Schild. Die Stierköpfe stehen für die einstigen mecklenburgischen Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, die beide den Stier in ihrem Wappen trugen. Der Greif – eine Mischung aus Adler und Löwe – steht für Vorpommern. Im vierten Feld verweist der brandenburgische Adler auf die historisch bedingt engen Verbindungen zwischen Pommern und Brandenburg.

Das kleine, zweigeteilte Landeswappen mit mecklenburgischem Stierkopf und pommerschem Greif wird von den unteren Landesbehörden verwendet.

Landesflagge

Auch bei der Landesflagge symbolisieren die Farben die Vereinigung von Mecklenburg und Vorpommern zum heutigen Bundesland. Blau-Rot-Gelb sind die Farben des Landesteils Mecklenburg, während Blau-Weiß seit 1882 offiziell als die Farben der preußischen Provinz Pommern galten. Die Farbkombination der mecklenburg-vorpommerschen Landesflagge erinnert außerdem an das Blau-Weiß-Rot alter mecklenburgischer Seeflaggen und das Weiß-Rot vieler Hansestädte.

Neben der Landesflagge verwenden die Landesbehörden auch eine Dienstflagge. Sie zeigt zusätzlich die zwei Wappentiere des Bundeslandes: den mecklenburgischen Stier und den pommerschen Greif.

Landessignet

Ergänzt werden Flagge und Wappen durch ein Landessignet. Diese Wort-Bild-Marke des Landes besteht aus dem vierfarbigen Landeslogo und dem Schriftzug „Mecklenburg-Vorpommern“. Das Logo symbolisiert die abwechslungsreiche Landschaft: Das Blau des Himmels und des Wassers treffen aufeinander und vereinen sich mit dem Grün der Wälder und Wiesen, mit geschwungenen Hügeln und dem Gelb blühender Rapsfelder. In bestimmten Fällen wird das Landessignet um den Slogan „MV tut gut“ ergänzt. Das Signet gehört zum Corporate Design des Landes, welches ein wichtiger Bestandteil des Landesmarketings ist.

Wann, wo und durch wen die Landessymbole verwendet werden dürfen, regelt das Hoheitszeichengesetz von Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle und weitere Informationen:
www.regierung-mv.de/service/Landessymbole



**Mecklenburg
Vorpommern** 



Am 2. März besuchte der Botschafter der Republik Malta, S.E. Dr. Albert Friggieri, auf Einladung des Innen- und Europaausschusses den Landtag. Hintergrund des Besuchs war die langjährige Tradition, den Botschafter des Landes, welches den Vorsitz im Ministerrat der EU innehat, einzuladen, um Informationen über die jeweiligen Themen und Ziele in der Zeit des Ratsvorsitzes zu erhalten. Nach dem Gespräch im Innenausschuss wurde Friggieri von Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, offiziell empfangen. Der Botschafter interessierte sich insbesondere für die für Mecklenburg-Vorpommern bedeutenden Wirtschaftszweige, wie Schiffbau, Landwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und Tourismus.

Ende Februar haben sich angehende Redakteurinnen und Redakteure der OSTSEE-ZEITUNG im Schweriner Schloss über die Arbeit des Landtages informiert. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche in den Fraktionen. Landtagsdirektor Armin Tebben zeigte den Gästen den derzeitigen Plenarsaal des Landtages sowie die Baustelle des künftigen neuen Sitzungssaals.

Dr. Mignon Schwenke begrüßte im Januar den Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Sir Sebastian Wood, zu dessen Antrittsbesuch im Schweriner Schloss. Im Gespräch mit dem Diplomaten erläuterte die 2. Vizepräsidentin des Landtages die aktuelle politische Situation in M-V seit der Landtagswahl am 4. September 2016. Der Gast erkundigte sich zudem zu regionalen Unterschieden innerhalb des Bundeslandes. Thematisiert wurde auch das Referendum vom Juni 2016, bei dem die Wählerinnen und Wähler des Vereinigten Königreichs mit 51,89 Prozent für den EU-Austritt ihres Landes gestimmt hatten.

Ende Februar begann ein neuer, spannender Abschnitt der Plenarsaal-Bauarbeiten: Die riesigen Glasscheiben für die Innenfassaden des Saals werden mittels Ansaugsystem mit dem großen Baukran ins Schloss gehieft. Damit die Scheiben den Transport gut überstehen, sind mindestens drei Grad über Null Bedingung. Außerdem darf es nicht regnen und stürmen. Im Plenarsaal werden die Gläser mit Hilfe einer „Kranspinne“ eingebaut. Die Scheiben der Innenfassaden im 4. Obergeschoss sind bereits im Gebäude und werden dort zurzeit montiert. Künftig können Besucher und Journalisten direkt in den Plenarsaal hineinschauen.

Foto: Cornelius Kettler

